

senschaftliche (Siegfried Klaschka, Erlangen), geisteswissenschaftliche (Ole Döring), politikwissenschaftliche (Sebastian Heilmann) oder kulturwissenschaftliche Ansätze (Steffi Richter, Leipzig). Einigkeit bestand darin, daß im Wissenschaftsbetrieb strukturell Räume für den Diskurs mit anderen (Wissenschafts-)Sprachen geschaffen werden sollten. Der Polylog (Lackner) mit den Methodenwissenschaften müsse ständig geübt, ein entsprechender Habitus entwickelt werden.

In der Abschlusßdiskussion wurde von allen beteiligten jungen Wissenschaftlern der Wunsch nach Wiederholung einer solchen Veranstaltung ausgedrückt, stellte sie doch ein "Labor zum Einüben wissenschaftlicher Tugenden" dar. Kontroverse Meinungen setzten dort an, wo Möglichkeiten zur verbesserten Kommunikation gesehen wurden: Breite der Tagung und Interdisziplinarität (Verständigung mit den jeweils Nicht-Fachleuten; Kommentare eher durch Fachwissenschaftler oder durch "Fachfremde"), Diskussion auf verschiedenen Ebenen (konkrete Themen, Methodik und wissenschaftlicher Ansatz, Forschungspraxis), Einschränkung auf Ostasien (bzw. China: fast die Hälfte der Beiträge).

Eine Dokumentation der Tagungsbeiträge wird voraussichtlich Ende des Sommers als Sonderveröffentlichung des BIOst erscheinen. Außerdem haben die TeilnehmerInnen die Anfänge eines Netzwerkes von Nachwuchsforschern zu Ostasien geknüpft. Unter dem Namen NOAH (Nachwuchs Ostasien Heute) ist eine *mailing-list* eingerichtet worden, die in Zukunft den Austausch von Informationen und die Fortsetzung der in Brühl begonnenen Diskussionen erleichtern soll. Die Liste ist im Internet zu erreichen über noah-list@gmx.de. Die Veranstaltung selbst soll im Mai 2000 wiederholt werden, dann voraussichtlich unter dem Titel *Globalisierung - Regionalisierung - Fragmentierung: neue Kontexte für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Ost- und Südostasien* (Auskunft ab Oktober 1999 bei: owk@fhbund.de oder ifahh.dga@uni-hamburg.de).

Günter Schucher

Southeast Asian Justices' Symposium: The Law on Sustainable Development

Manila, Philippinen, 4.-7. März 1999

Richter der obersten Gerichts- oder Verfassungsgerichtshöfe, Rechtsexperten und Regierungsvertreter aus allen neun gegenwärtigen ASEAN-Staaten und Kambodscha sowie Gastredner aus Japan, Australien, Europa und von verschiedenen internationalen Organisationen trafen sich vom 4. bis 7. März 1999 in Manila zu einem vom Supreme Court der Philippinen, dem VN-Umweltprogramm (UNEP), dem VN-Entwicklungsprogramm (UNDP) und der Hanns-Seidel-Stiftung ausgerichtetem Symposium über aktuelle Tendenzen im Recht des regionalen und internationalen Umweltschutzes. Das Symposium war das erste seiner Art in Südostasien und nach ähnlichen Veranstaltungen in Mombasa 1996 und Colombo 1997 erst das dritte von UNEP organisierte Regionalseminar zu dieser Thematik. Der Tagungsort Manila war auch insofern passend ausgesucht, als der Oberste Gerichtshof der Philippinen in einer epochemachenden Entscheidung aus dem Jahr 1992 das erste Gericht der

Region war, das in einem Verfahren gegen eine umstrittene Holzeinschlagslizenz Minderjährigen die Klagebefugnis u.a. mit dem Argument zuerkannt hatte, sie würden berechtigterweise auch die Interessen künftiger Generationen vertreten. Der Berichterstatter in dem damaligen Verfahren, Richter Hilario Davide Jr., ist heute Präsident des Supreme Court und war als solcher Gastgeber der Konferenz. Die große politische Bedeutung, die die Philippinen dieser Veranstaltung zumaßen, kam unter anderem darin zum Ausdruck, daß der Präsident der Republik der Philippinen, Joseph Ejercito Estrada, die Eröffnungsansprache hielt,

Nach Länderberichten aller zehn Staaten der Region über die Rolle der Justiz bei der Durchsetzung der jeweiligen Gesetze zum Umweltschutz und zur Entwicklungspolitik widmeten sich die Teilnehmer u.a. aktuellen Entwicklungen in der nationalen und internationalen Rechtsprechung zum Umweltmanagement und zur nachhaltigen Entwicklung (drei Referate), Fragen der aktuellen Rechtentwicklung im Bereich der nachhaltigen Entwicklung (vier Referate), neuen Tendenzen bei der Vermeidung bzw. der Beilegung von Umweltstreitigkeiten (vier Referate), den Mechanismen internationaler Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung und der Durchsetzung des Umweltrechts (vier Referate) sowie konkreten Maßnahmen für die regionale justizielle Zusammenarbeit beim Umweltschutz (ein Referat).

Die engagierten, von hoher Sachkunde gekennzeichneten Referate und Diskussionen machten einmal mehr die grundsätzlichen praktischen und rechtsdogmatischen Probleme deutlich, mit denen die Bewältigung von Umweltproblemen mit den Mitteln der Justiz überall zu kämpfen hat: von Fragen der naturwissenschaftlichen wie auch prozessualen Zurechenbarkeit eines Schadens zu einem bestimmten gefahrverursachenden Verhalten eines konkreten Schädigers (zugespitzt in der Frage, wo und gegen wen eigentlich die Bewohner der Marshallinseln klagen können, wenn der aufgrund globaler Erwärmung steigende Meeresspiegel ihr Staatsgebiet verschlingt, und wozu das Gericht, wenn es denn einen Verursacher dingfest machen kann, diesen wohl verurteilen wird) über die verfahrenstechnische Geltendmachung der Interessen künftiger Generationen (dahinter steht das ebenfalls noch ausfüllungsbedürftige Konzept der "inter-generational equity") oder auch nur der Bewohner eines anderen Staates bis hin zu der Einsicht, daß die Bekämpfung von Umweltschäden mit den klassischen justiziellen Mitteln des Schadensersatzes und des Strafrechts häufig zu spät kommt und den eingetretenen Umweltschaden nicht wirklich kompensieren können wird. Aber auch bei den praktischen Fragen der Zusammenarbeit der Justiz- und Verwaltungsbehörden der ASEAN-Staaten ist noch vieles offen - die großen Unterschiede im Rechtsprechungs- und Gesetzgebungswesen etwa zwischen den stark amerikanisch geprägten Philippinen einerseits und Ländern wie Laos, Vietnam oder Myanmar andererseits und die ganz praktischen Fragen der technischen und sprachlichen Zugänglichkeit von Gesetzestexten und Gerichtsentscheidungen der zehn Staaten für ausländische Leser sind nur zwei Aspekte. Daß nun auch die Gerichte und Justizbehörden der Region die Notwendigkeit und die Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit entdecken, ist eine hoffnungsvoll stimmende Entwicklung - dem bedeutenden Schritt des ersten gemeinsamen Symposiums zu dieser Thematik werden aber gewiß noch weitere folgen müssen.

Thomas Fitschen